

Wer in Israel nicht jüdisch ist, wird nicht akzeptiert

Haaretz Leitartikel

27. Juli 2023

Wenn es um die Ausgrenzung von Arabern geht, sind wir tatsächlich Brüder. Diese Woche verabschiedete die Knesset eine Erweiterung des so genannten Gesetzes über Zulassungsausschüsse, das 2010 erlassen wurde, um ein Urteil des Obersten Gerichtshofs zu umgehen, das es Genossenschaftsgemeinschaften untersagt, Land nur an Juden zu verpachten. Die Änderung wurde von den Abgeordneten Yitzhak Kroizer von Otzma Yehudit, Simcha Rothman von der Partei Religiöser Zionismus und Sharren Haskel von der Partei der Nationalen Einheit eingebracht und in zweiter und dritter Abstimmung von 42 Abgeordneten angenommen, nur 11 Abgeordnete waren dagegen (Noa Shpigel, Haaretz, 25. Juli).

Abgesehen von den Abgeordneten von Hadash-Ta'al und der Vereinigten Arabischen Liste waren die einzigen Abgeordneten, die [gegen den Gesetzentwurf gestimmt](#) waren Naama Lazimi und Gilad Kariv von der Arbeitspartei. Von den anderen Oppositionsparteien stimmten mehrere Abgeordnete der Nationalen Einheitspartei dafür, während sich die Vertreter von Jesch Atid der Stimme enthielten

oder bei den Abstimmungen nicht anwesend waren. Mit anderen Worten: Als die Legislative ein Gesetz verabschiedete, das der Inbegriff von Rassismus ist - es ermöglicht die Errichtung von Gemeinden ausschließlich für Juden innerhalb der Grenzen Israels (nicht in den Gebieten, d.h. an einem Ort, an dem alle Bürger vor dem Gesetz angeblich gleich sind und an dem es keine Apartheid und keine Besatzung gibt) -, waren nur **zwei rechtschaffene Menschen in Sodom** die sich dagegen wehrten, gefunden werden konnten.

Die jüngste Änderung erweitert die Zahl der Gemeinden, die Zulassungsausschüsse einsetzen können, um potenzielle Einwohner abzuweisen. Sie können nun auch in Orten außerhalb des Negev und Galiläas eingesetzt werden, die von der Regierung als **nationale Schwerpunktgebiete** im Bau- und Wohnungswesen festgelegt wurden und die in den Gruppen 1 bis 5 des Peripherie-Index der lokalen Behörden in Israel liegen. Darüber hinaus wird mit der Änderung die maximale Größe der Gemeinden, in denen Zulassungsausschüsse eingesetzt werden können, von 400 auf 700 Haushalte erhöht.

Die Genossenschaftsverordnung verbietet die Ablehnung eines Bewerbers aus Gründen der Rasse, der Religion, der Nationalität, der sexuellen Ausrichtung oder der politischen Zugehörigkeit, erlaubt aber die Ablehnung aufgrund der "Unvereinbarkeit" mit dem "sozialen und kulturellen Gefüge" der Gemeinschaft. Zu dieser vagen Behauptung kommt der nationale Wert hinzu, der im **Grundgesetz über Israel als Nationalstaat des jüdischen Volkes** verankert ist, wonach der Staat die jüdische Besiedlung fördern und

festigen soll, und man erhält die Apartheid innerhalb der Grünen Linie.

- [Israels Regierung erklärt erschreckende Maßnahmen gegen Frauen](#)
- [Angemessenheitsstandard hin oder her, Israel ist nur eine Demokratie für Juden](#)
- [Israel erlaubt mehr Städten, "ungeeignete" Einwohner unter dem Vorwand des "sozialen Zusammenhalts" abzuweisen](#)

Es ist schwer zu verstehen, wie ein solch verabscheuungswürdiges Gesetz von Mitgliedern zweier politischer Lager, die angeblich auf zwei Seiten der Kluft im Kampf für die israelische Demokratie stehen, geboren werden konnte. Es ist unmöglich, die völlige Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit gegenüber der Verabschiedung eines Gesetzes zu entschuldigen, das nicht weniger antidemokratisch und gefährlich ist - wenn nicht sogar noch viel gefährlicher - als die Aufhebung der Angemessenheitsnorm. Es ist schwer zu verstehen, wie diejenigen, die für die Zukunft der israelischen Demokratie kämpfen, einem Gesetz ihre Stimme geben, das in einem demokratischen Staat keinen Platz hat. Wir müssen hoffen, dass der [Oberste Gerichtshof](#) es ablehnen wird, und beten, dass das demokratische Lager eines Tages die Tatsache verinnerlicht, dass es so etwas wie eine Demokratie nur für Juden nicht gibt. Ansonsten gibt es keine Protestbewegung, die Israel retten könnte.

Der obige Artikel ist der Leitartikel von Haaretz, wie er in den hebräischen und englischen Zeitungen in Israel veröffentlicht wurde.